

München City

Spitzentreffen zur Stammstrecke

Ude und Seehofer wollen Konflikt entschärfen - ein Brief von Zeil an Ramsauer deutet auf Versäumnisse des Bundes hin

Von M. Szymanski, S. Mühleisen und M. Völklein [ORTSMARKE]

S. Mühleisen und M. Völklein

München - Nach tagelangen gegenseitigen Vorwürfen wollen Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) im Streit um die Finanzierung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke zu einem Spitzengespräch in der Staatskanzlei zusammenkommen. Einer Einladung Seehofers werde er 'selbstverständlich baldmöglichst Folge leisten', erklärte Ude am Mittwoch. Ude und Seehofer wollen ausloten, unter welchen Bedingungen der Bau der zwei Milliarden Euro teuren S-Bahn-Röhre womöglich doch noch zu stemmen ist.

Vergangene Woche hatte Seehofer das Projekt eigenmächtig für gescheitert erklärt und dafür OB Ude und die Stadt München verantwortlich gemacht. Weil der Bund sich das Projekt momentan nicht leisten kann, sollen Stadt und Freistaat 700 Millionen vorstrecken. Anders als der Freistaat weigert sich Ude aber bislang, 350 Millionen Euro für den Bau vorzuschießen und wird dafür von CSU und FDP als Blockierer hingestellt. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung deutet jedoch einiges darauf hin, dass die Versäumnisse bei Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) in Berlin liegen. Aus einem Brief von Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) an Ramsauer vom 13. April geht hervor, dass Ramsauers Ministerium entscheidende Fragen zur Vorfinanzierung offenbar noch nicht geklärt hat. 'Die angestrebte Vorfinanzierungslösung setzt voraus, dass die Gestaltungsmöglichkeiten einer Rückzahlung verbindlich geklärt werden', entsprechende Ansätze 'müssten aber seitens des Bundes noch weiter konkretisiert werden', um mit der Stadt Verhandlungen führen zu können, heißt es in dem Schreiben. Am Mittwoch, nach der Sitzung des Kabinetts attackierte Zeil Ramsauers Verkehrsressort: Er wünsche sich mehr 'Kreativität und Flexibilität' vom Bund und habe den Eindruck, dass 'nur der Freistaat Bayern die treibende Kraft' bei der Stammstrecke sei.

Der Ministerrat verständigte sich darauf, an den Plänen für die Stammstrecke vorerst festzuhalten. Den Vorschlag Udes, den CSU-Politiker Peter Gauweiler als Mediator einzuschalten, wies das Kabinett jedoch zurück. In einigen Punkten kommt der Freistaat den Forderungen Udes aber entgegen. Die Regierung lässt noch einmal alle Möglichkeiten zur Finanzierung des zweiten Tunnels prüfen. Dazu gehört auch eine Beteiligung der Landkreise an den Kosten. Allerdings hat die Landrätin des Landkreises München, Johanna Rumschöttel (SPD), dies erneut abgelehnt. Rechtlich dürfe der Landkreis die Kommunen über die Kreisumlage nicht für eine derart freiwillige Leistung in die Pflicht nehmen, sagte sie zur SZ. Und dass sich die Kommunen von sich aus an der Finanzierung der Stammstrecke beteiligen, hält sie für höchst unwahrscheinlich - schon weil etwa Grünwald oder Garching gar keinen S-Bahnanschluss haben.

Finanzminister Markus Söder (CSU) soll zudem ausloten, ob auch eine Beteiligung Privater in Frage kommt. Auch die Industrie- und Handelskammer (IHK) lässt von einem Fachmann Modelle einer 'Private Public Partnership' prüfen. Ein Ergebnis soll in wenigen Wochen vorliegen. OB Ude hatte am Dienstag erklärt, für eine solche Partnerschaft gebe es ein 'höchst seriöses Angebot'; einen Firmennamen nannte er nicht. Dem Wirtschaftsministerium lag nach Angaben einer Sprecherin bis zum Mittwoch kein Angebot eines Investors vor.

Zeil bekam zudem den Auftrag, bis zum 9. Mai ein Konzept vorzulegen, das S-Bahnnetz mit kleinen Verbesserungen rasch leistungsfähiger zu machen. Das sei man den Pendlern 'schuldig', sagte er. Ude registrierte die Bewegung der Regierung erfreut: 'Auf die Beschimpfung der Unschuldigen folgen jetzt endlich Appelle an die Verantwortlichen.'

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Donnerstag, den 26. April 2012, Seite 45